

Zurück zum Kommunismus

Ebenso wie beim Fußballspiel der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, hat auch der Staat nicht mitzuspielen. Doch diese Arbeitsteilung gilt heute als altmodisch. Der Staat tut mittlerweile beides: Er pfeift ein Spiel, in dem er selbst versucht die Tore zu schießen.

Auf allen Positionen findet man mittlerweile staatliche Bedienstete: Der Staat sitzt bei der **Lufthansa** im Cockpit; er steuert und feuert bei der **Commerzbank**, er betätigt sich als Kreditgeber und Retter bei **Thyssen Krupp**, **TUI** und Tausenden privaten Unternehmungen im Lande. Der „animal spirit“, den *John Maynard Keynes* einst als konstituierend für die Marktwirtschaft empfand, ist vielerorts dem Geruch von Bohnerwachs und Aktenordner gewichen.

Die neue Übergriffigkeit wurde durch die Pandemie befördert, aber nicht durch sie hervorgebracht. Seit der großen Finanzkrise, die als Ursünde des Finanzkapitalismus gilt, ist der Staat nicht mehr der alte. Linke und rechte Regierungen sind überall auf der Welt in Staatsgläubigkeit vereint.

- Um im Kampf um die digitale Vorherrschaft der Welt zu bestehen, dringt das Amerika des *Donald Trump* tief in die Wertschöpfungsketten der globalen Wirtschaft vor. China wird gezielt aus dem produktiven Kern der USA hinausgedrängt.
- Der Streit um das russische Gas, das künftig nach Deutschland strömen soll, offenbart ebenfalls die industriepolitische Absicht der USA. Freier Wettbewerb - wir sprachen gestern darüber - gilt Amerikas Konservativen nicht mehr als Gewinn, sondern als Verrat.
- In Deutschland setzt sich die Idee durch, dass Vater Staat vom Stahlkonzern über den Busunternehmer bis zum Reisebüro alle retten muss, denen die Moderne übel mitgespielt hat. Private Verantwortung und privates Risiko werden zusehends entkoppelt mit dem Ergebnis, dass nahezu alle großen Lebensrisiken auf den Steuerzahler umgebucht werden.
- Die Europäische Zentralbank unter Leitung von *Christine Lagarde* kümmert sich nicht mehr in erster Linie um die Geldwertstabilität, sondern will im Kampf gegen die Klimaerwärmung eine führende Rolle spielen. Sie rückt vom bisherigen Prinzip der Marktneutralität ab und kauft Anleihen und Aktien, wenn der Emittent sich als ökologisch wertvoll darstellen kann. Das Ziel: Die Industriegesellschaft soll mit den Mitteln der Geldpolitik umgebaut werden.
- Auch die Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der Europäischen Union wird nun als Staatsaufgabe mit höchster politischer Priorität empfunden. Mit gezielten Injektionen will man die Staatsfinanzierung im südlichen Europa unterstützen. **390 Milliarden** Euro werden nun erstmals als Zuschüsse an Italiener, Spanier, Portugiesen, Griechen und andere vergeben. „*Transfers sind ein Rezept für dauerhaftes Siechtum, aber nicht für ein dynamisches Europa*“, sagt Professor Sinn - und wird mit seiner Kritik geflissentlich überhört. Die Transferunion gilt auch Angela Merkel nicht mehr als Unding, sondern als Notwendigkeit.

Fazit: Die Stunde des Staates hat geschlagen. Hohe Beamte und Politiker übernehmen Risiken, die sie selbst gar nicht tragen können. Wenn Sie - liebe Leserin und lieber Leser - heute Morgen in den Spiegel schauen, sehen Sie jenen geheimnisvollen Dritten, der für diese Exzesse später wird aufkommen müssen.

Nichts weniger als ein „neues Land“ wünscht sich die Unternehmerin *Verena Pausder*. Sie ist derzeit die Experte, wenn es um die Digitalisierung der Bildung in Deutschland geht. Verena Pausder hat „Fox & Sheep“ gegründet, eine Firma die *Apps für Kinder* entwickelt. Sie ist „Young Global Leader“ des Weltwirtschaftsforums in Davos. Der Bildungshackathon der Bundesregierung während Corona geht auf ihre Initiative zurück.

Spitzenpolitiker bei FDP und Grünen, aber auch Kandidaten im Unions-internen Wettbewerb um die Merkel-Nachfolge haben bereits mit *Verena Pausder* vertraulich gesprochen und vorgefühlt,

ob sie für die Politik zur Verfügung stehen würde. The Pioneer-Chefredakteur Michael Bröcker spricht mit ihr im heutigen Morning Briefing Podcast über die Digitalisierung an den Schulen und die Eigenverantwortung der Gesellschaft.

Wir sollten die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes nicht nur in die Hände der Politiker und Politikerinnen legen.